

Anfrage Meier Anja und Mit. über die Auswirkungen der «10-Millionen-Schweiz»-Initiative auf den Kanton Luzern

eröffnet am 11. Mai 2026

Am 14. Juni 2026 stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über die eidgenössische Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» ab. Diese verlangt, die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz bis spätestens 2050 auf maximal zehn Millionen Menschen zu begrenzen. Bereits ab einer Schwelle von 9,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern sollen der Bund und die Kantone Massnahmen ergreifen, insbesondere im Bereich der Zuwanderung, des Asylwesens und des Familiennachzugs. Falls das Ziel nicht erreicht wird, sieht die Initiative auch die Kündigung internationaler Abkommen wie beispielsweise der Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union (EU) vor.

Der Bundesrat und das Parlament sowie die Konferenz der Kantonsregierungen lehnen die Initiative ab. Sie warnen insbesondere vor erheblichen Risiken für den Wirtschaftsstandort und die Beziehungen zur EU für die Funktionsfähigkeit zentraler staatlicher Aufgaben. Darüber hinaus gerät die Initiative in Konflikt mit bestehenden völker- und menschenrechtlichen Verpflichtungen. In letzter Konsequenz würde u. a. die Kündigung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) oder der UN-Flüchtlings- sowie UN-Kinderrechtskonvention drohen.

Vor diesem Hintergrund stellen sich auch für den Kanton Luzern zentrale Fragen. Als wirtschaftlich und gesellschaftlich eng vernetzter Kanton wäre Luzern in verschiedenen Bereichen direkt betroffen, etwa im Arbeitsmarkt, im Gesundheitswesen, in der Bildung, in der Forschung sowie in der internationalen Zusammenarbeit. Auch kantonale Institutionen wie beispielsweise das LUKS sind auf stabile Rahmenbedingungen angewiesen. Aus Sicht der Arbeitnehmenden stellt sich zudem die Frage, welche Auswirkungen eine Annahme der Initiative auf den Lohnschutz, die Arbeitsbedingungen und die Sicherung des Arbeitskräftebedarfs in zentralen Bereichen des Service public hätte.

Eine fundierte Einschätzung der möglichen Auswirkungen auf kantonaler Ebene ist daher von grosser Bedeutung für die politische Meinungsbildung.

Wir danken für die Beantwortung der nachfolgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» insgesamt, insbesondere im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf den Kanton Luzern?
2. Bei einem Ja müssten der Bund und die Kantone beginnen, die Bevölkerungsentwicklung stark zu bremsen. Welche konkreten Massnahmen müssten dafür im Kanton Luzern getroffen werden?

3. Welche konkreten Auswirkungen hätte eine Annahme der Initiative auf den Luzerner Arbeitsmarkt, insbesondere in Branchen mit Arbeitskräftemangel (z. B. Gesundheitswesen, Bildung, Bau, Landwirtschaft oder Gastronomie)?
4. Welche Folgen wären für kantonale Institutionen und öffentliche Dienstleistungen zu erwarten?
5. Wie beurteilt der Regierungsrat die möglichen Auswirkungen einer Kündigung oder Gefährdung der Personenfreizügigkeit auf die Luzerner Wirtschaft, den Forschungs- und Bildungsstandort sowie die Zusammenarbeit mit europäischen Partnern?
6. Gefährdet wäre im Fall einer Annahme auch die Wiederassoziiierung an das Forschungsprogramm Horizon Europe, ebenso wie neue Abkommen in zentralen Bereichen wie Strom und Gesundheit. Welche Risiken entstehen dadurch?
7. Welche Konsequenzen würden sich für den Kanton Luzern durch den drohenden Ausschluss von Schengen/Dublin im Bereich der inneren Sicherheit ergeben?
8. Wie schätzt der Regierungsrat die völkerrechtlichen Risiken der Initiative ein, insbesondere im Hinblick auf mögliche Konflikte mit menschenrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz?

Meier Anja